

Countdown zu einer neuen türkischen Außenpolitik? Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen spricht viel für Kontinuität

Kirchner, Magdalena

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kirchner, M. (2015). *Countdown zu einer neuen türkischen Außenpolitik? Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen spricht viel für Kontinuität*. (DGAP kompakt, 9). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53924-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Countdown zu einer neuen türkischen Außenpolitik? Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen spricht viel für Kontinuität

Magdalena Kirchner

Beobachter sehen in der Parlamentswahl vom 7. Juni 2015, bei der die islamisch-konservative AKP erstmals seit 2002 die absolute Mehrheit verfehlte, eine Zäsur. Gilt dies auch für die Außenpolitik der Türkei, die in den vergangenen Jahren für ebenso viel Kritik sorgte wie der zunehmend autoritäre Regierungsstil Ankaras? Wie viel Spielraum besteht für eine von Oppositionspolitikern geforderte Generalüberholung der Außenpolitik, oder sind kaum radikale Veränderungen zu erwarten? Wie sie auch letztlich aussehen wird, die neue Koalitionsregierung dürfte vor allem pro-westliche Trends in der Außenpolitik verstärken.

Von „Null Problem“ über „noble Einsamkeit“ zu „Schadensbegrenzung“

„Sollte die AK-Partei an Macht verlieren, wird die türkische Außenpolitik einer Generalüberholung und radikalen Veränderungen unterzogen werden.“ Dies prophezeite der ehemalige türkische Botschafter in Washington, Faruk Loğoğlu, vor der Parlamentswahl.¹ Sollte er jetzt – wo die AKP nach über dreizehn Jahren das Außenministerium wohl an einen Koalitionspartner wird abtreten müssen – Recht behalten, wäre dies nicht der erste Bruch in der jüngsten türkischen Außenpolitik, sondern mindestens der dritte.

Im Zuge einer außen- und vor allem wirtschaftspolitischen Öffnung Anfang der 2000er Jahre hatte der damalige Außenminister Ahmet Davutoğlu die „Null Probleme mit den Nachbarn“-Doktrin ausgerufen. Noch immer der kemalistischen Tradition der Nichteinmischung verbunden, zielte diese primär auf die Stabilisierung der Nachbarstaaten ab und vergrößerte türkische Absatz- und Arbeitsmärkte.² Die Innenpolitik der Nachbarn wurde im Sinne einer „inkluisiven Außenpolitik“ kaum öffentlich

thematisiert.³ Mit dem Arabischen Frühlings 2011 vollzog sich jedoch ein spektakulärer Strategiewechsel hin zu einer proaktiven Politik, die von der Regierung selbst als „wertegeleitet“ und von ihren Gegnern als „sunnitisch-sektiererisch“ dargestellt wurde.⁴

Auch der Vorwurf einer „strategischen Leere“ der türkischen Außenpolitik hatte Berechtigung: Durch seine offene und teilweise eher auf ideologischem Wunschenken denn auf einer realistischen Analyse der Machtverhältnisse basierenden Parteinahme in einer Vielzahl regionaler Konflikte brachte Ankara nicht nur alte und neue Machthaber in der Region gegen sich auf, sondern ebenso große Teile der lokalen Bevölkerung.⁵ Der Kritik, die Abkehr von der „Null Problem“-Politik habe den eigenen Einfluss enorm verringert, entgegnete Ibrahim Kalin, außenpolitischer Berater des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, die Isolation infolge einer wertebasierten und prinzipientreuen Außenpolitik solle als

„noble Einsamkeit“ verstanden werden.⁶ Tatsächlich ist der Türkei – Prinzipien hin oder her – das strategische Moment in der Gestaltung ihrer Nachbarschaft längst abhandengekommen; seit Mitte 2013 agiert sie überwiegend reaktiv, primär mit dem Ziel, bereits entstandenen – mitunter wirtschaftlichen – Schaden zu begrenzen. Wird eine neue Regierung diesen Trend weiter verstärken?

Koalitionsoptionen nach der Wahl

Erstmals seit 1999 sind wieder mehr als drei Parteien im türkischen Parlament vertreten: die AKP mit 258 Abgeordneten, gefolgt von der sozialdemokratischen CHP (132 Sitze) sowie der national-konservativen MHP und der pro-kurdischen HDP mit jeweils 80 Abgeordneten. Letztere war als klare Siegerin aus den Wahlen hervorgegangen, gelang es doch erstmals einer pro-kurdischen Partei, die hohe Sperrklausel von zehn Prozent zu überwinden. Die AKP hingegen erlitt eine historische Niederlage: Sie verlor im Vergleich zu 2011 fast neun Prozent ihrer Stimmen sowie nahezu 70 Mandate und wird nicht länger alleine regieren können. Angesichts der starken Polarisierung des Parteiensystems, die sich im Zuge eines äußerst harten Wahlkampfes noch weiter verschärft hat, steht der Partei bei der Koalitionsbildung keine „Liebesheirat“ bevor. Denn während die HDP eine Koalition bereits mehrfach ausgeschlossen hat, sind die Kernforderungen der CHP und MHP für die AKP nur schwer zu akzeptieren. Beide fordern, dass sich AKP-Gründer Erdoğan, der die Grenzen seiner verfassungsgemäßen Befugnisse seit der Wahl zum Präsidenten im August 2014 ein ums andere Mal überschritten hat, aus dem politischen Tagesgeschäft zurückzieht. Sie verlangen überdies eine formale Untersuchung von Korruptionsvorwürfen gegen ehemalige AKP-Minister, in deren Zusammenhang auch immer wieder der Name von Erdoğans Sohn Bilal fiel.⁷ Gleichzeitig erscheint die rechnerische Möglichkeit einer Anti-AKP-Koalition aus CHP, MHP und HDP schon allein dadurch ausgeschlossen, dass eine zentrale Forderung der MHP, nämlich das Ende des Friedensprozesses mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, für die pro-kurdische HDP in jeder Hinsicht inakzeptabel ist.⁸ Keine der Koalitionsoptionen verspricht also dauerhafte Stabilität; aber welche außenpolitische Wirkung könnten die einzelnen Koalitionsmöglichkeiten entfalten?

Keine Alternative zu EU, NATO und liberaler Marktwirtschaft

In der westlichen Nachbarschaft nahm die AKP bereits vor der Wahl – insbesondere vor dem Hintergrund

wirtschaftlicher Schwierigkeiten – in einigen Aspekten Kurskorrekturen vor. Das Klima in den Verhandlungen mit der EU hat sich seit der Entlassung des umstrittenen Europaministers Eğemen Bağış im Dezember 2013 und der anschließenden Ernennung der erfahrenen Europapolitiker Mevlüt Cavuşoğlu und Volkan Bozkır als Außen- und Europaminister enorm verbessert. Die Zahl derer, die sich aufseiten der türkischen Bevölkerung für einen EU-Beitritt aussprachen, stieg von mageren 34 Prozent im Jahre 2009 erstmals auf über 50 Prozent im Jahr 2014, und im Herbst veröffentlichte das Außenministerium zumindest eine offizielle „EU-Strategie“. Zur EU sieht also auch die AKP derzeit keine wirtschaftspolitische Alternative.⁹

Die Regierung bemühte sich zuletzt um positive Signale in Richtung westlicher Investoren und NATO. Hierzu gehörten im August 2014 der Amtsverbleib des Wirtschaftsministers Ali Babacan trotz Kabinettsumbildung und erheblicher Spannungen zwischen ihm und Erdoğan sowie im Mai dieses Jahres die Ausrichtung des NATO-Außenministertreffens in Antalya.¹⁰ Wenn das Außenressort in Zukunft von einem CHP- oder HDP-Minister geführt würde, dürfte sich dieser Trend sogar noch weiter verstärken; mit einer Ausnahme: Angesichts der starken Abhängigkeit von russischen Erdgasexporten, die immerhin die Hälfte des türkischen Verbrauchs ausmachen, wird die neue Regierung an der bisher eher zurückhaltenen Russlandpolitik wohl festhalten.¹¹

Kann die Politik der Wiederannäherung an Europa wenigstens mittelfristig erfolgreich sein? Hierfür wird vor allem die weitere innenpolitische Entwicklung ausschlaggebend sein. Insbesondere die liberalen Parteien CHP und HDP haben angekündigt, auf eine weitergehende Demokratisierung hinzuwirken – auch in brisanten Bereichen wie der Korruptionsbekämpfung und dem Umgang mit der kurdischen Bevölkerung.¹²

Eine Koalition der AKP mit der konservativen MHP könnte jedoch nationalistische Trends weiter stärken und die angestrebte Normalisierung mit den Nachbarstaaten erschweren. Anfang 2015 kam die Annäherung an Armenien zum Erliegen und Europaminister Volkan Bozkır kritisierte die Entscheidung des Europäischen Parlaments heftig, die Ereignisse von 1915 als Völkermord einzustufen. Ebenso klangen in der Zypernfrage deutlich nationalistischere Töne an, insbesondere nach der Wahl des nach größerer Unabhängigkeit von Ankara strebenden neuen Präsidenten der „Türkischen Republik Nordzypern“, Mustafa Akıncı, im April 2015.¹³ Akıncis Anliegen hatte noch im Herbst 2014 explizite Zustimmung bei Premierminister Davutoğlu gefunden, der sich zudem für eine rasche politische Einheit der Insel ausgesprochen hatte. Unmittelbar nach der Wahl verkündete Erdoğan jedoch,

das Verhältnis zwischen der Türkei und Nordzypern gleiche weiterhin einer „Mutter-Kind“-Beziehung. Während ihn die meisten Oppositionspolitiker für diese Aussage kritisierten, sprach sich die MHP ebenfalls gegen eine schnelle Änderung des Status quo auf Zypern aus.¹⁴ Doch ohne eine Lösung dieses Konflikts wird sich in Sachen EU-NATO-Kooperation wenig bewegen.

Fortführung der Wiederannäherungspolitik in der südlichen Nachbarschaft

Die Politik der AKP im Nahen und Mittleren Osten war zuletzt heftig umstritten, schließlich hat Ankara derzeit keine Botschafter in Ägypten, Syrien, Libyen, Jemen und Israel. Wenngleich die Wiederherstellung von bilateralen Beziehungen zu diesen Ländern eine zentrale Aufgabe der neuen Regierung sein wird, könnte die starke regionale Polarisierung einem Wechsel hin zu einer vermeintlich neutralen, „realistischen Außenpolitik“, wie vom CHP-Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu gefordert, im Wege stehen.

Insbesondere nach dem Sturz des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi hatten sich die Beziehungen der Türkei zu Saudi-Arabien extrem verschlechtert. Doch nach dem Thronwechsel im Frühjahr 2015 und einem Besuch Erdoğan's bei König Salman begann ein Prozess der diplomatischen Normalisierung. Dieser erklärt unter anderem die deutliche türkische Befürwortung der anhaltenden saudischen Intervention in Jemen und wirkt zudem positiv auf das türkisch-ägyptische Verhältnis. Zumindest bis zum Todesurteil gegen Mursi im Mai 2015 hatte Ankara öffentliche Kritik an Kairo deutlich heruntergefahren. Eine wichtige Mittlerrolle spielte Katar, das sich zum wichtigen diplomatischen und zunehmend auch militärischen Partner der Türkei entwickelt hat.

Die türkische Jemen-Politik und die verstärkte türkisch-saudische Kooperation im syrischen Bürgerkrieg stehen der ebenfalls geforderten Verbesserung der iranisch-türkischen Beziehungen entgegen. Ebenso sind allzu laute Forderungen nach einer Normalisierung der türkisch-ägyptischen Beziehungen aus einer innenpolitischen Perspektive mit Vorsicht zu genießen; die Opposition hatte das Mursi-Urteil gleichermaßen kritisiert und sich im gleichen Atemzug mit ihrer Kritik an Erdoğan für eine Demokratisierung Ägyptens ausgesprochen. Obgleich Kılıçdaroğlu betonte, in Zukunft alle ägyptischen Parteien respektieren zu wollen, könnten zu große Zugeständnisse an Kairo die eigenen innenpolitischen Ansprüche untergraben.

Kaum Bewegung ist beim Thema Israel zu erwarten. Umfragen zufolge sehen derzeit 42,6 Prozent der

türkischen Bevölkerung Israel als die größte Bedrohung für ihr Land, fast zehn Prozent mehr als noch im Jahr 2013. Natürlich reagierten nicht alle Politiker mit der gleichen Schärfe wie Erdoğan auf den Gaza-Krieg im Sommer 2014, jedoch verurteilten Vertreter aller Oppositionsparteien die israelische Militäroffensive. Abgeordnete der sozialdemokratischen CHP, die offiziell für eine Wiederannäherung an Israel eintritt, proklamierten noch vor Kurzem ihre Absicht, nach Gaza zu reisen und palästinensische „Kinder vor dem Tod durch israelische Bomben“ zu schützen.¹⁵

Unterschiedliche parteipolitische Positionen gegenüber kurdischen Autonomiebestrebungen könnten sich ebenfalls auf die Nachbarschaftspolitik auswirken. Sollte sich die MHP mit ihrer Forderung nach einem Ende der Friedensverhandlungen und der Rücknahme kultureller Minderheitenrechte, wie beispielsweise Schulunterricht in kurdischer Sprache, durchsetzen, könnte nicht nur eine Belastungsprobe für die zuletzt hervorragenden wirtschaftlichen Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung in Irak anstehen. Darüber hinaus stünde eine Verstärkung nationalistischer Tendenzen der sicherheitspolitisch enorm wichtigen Annäherung an die PKK-nahe PYD in Syrien entgegen. Während Iran angesichts der eigenen kurdischen Minderheit eine Regierungsbeteiligung der HDP als besorgniserregend wahrnehmen könnte, dürfte das Signal in Richtung Bagdad und Erbil ein deutlich positiveres sein. Allein die Zahl von aktuell 80 pro-kurdischen Parlamentariern in der türkischen Nationalversammlung macht deutlich, dass Abspaltung nicht die einzige politische Option für multiethnische Gesellschaften ist und ein friedlicher „Marsch durch die Institutionen“ zu echter politischer Partizipation aller Bevölkerungsteile führen kann.

Wenig Chancen für einen Politikwechsel in Syrien und im Kampf gegen ISIS

Kein Feld türkischer Politik wurde so kontrovers diskutiert wie die Reaktion auf den syrischen Bürgerkrieg seit 2011 – und keines offenbart so deutlich ihre Schwachstellen. Erstens überschätzte man zu Beginn der Krise den eigenen Einfluss auf Damaskus und die eigenen Bündnispartner sowie die Fähigkeit der syrischen Opposition, im In- und Ausland nicht nur ausreichend Unterstützung zu mobilisieren, sondern diese auch kriegsentscheidend einzusetzen. Zweitens unterschätzte die türkische Politik nicht nur die Entschlossenheit der Unterstützer Assads, sondern auch die enormen Folgen für die eigene Sicherheit.

Erdoğan's Proklamation im August 2011, die Krise in Syrien sei mittlerweile eine innenpolitische Frage der Türkei, wurde spätestens mit der diesjährigen Parlamentswahl bestätigt. Während das öffentliche Interesse am Krieg selbst stark abgenommen hat, begründen vor allem die Gefahr islamistisch motivierter Terroranschläge und die anhaltende Flüchtlingskrise die überwiegend negative Bewertung der Syrienpolitik. Umfragen zeigten Ende 2014, dass sich die Zahl der Türken, die Terrorismus als ernsthaftes Problem und ISIS als Bedrohung für die Türkei sehen, gegenüber 2013 fast verdreifacht hat.¹⁶ Dutzende Staatsbürger starben bisher bei Anschlägen im Grenzgebiet und langwierige Verhandlungen und ein direkter Einsatz des Militärs waren nötig, um eigenes Konsulats- und Militärpersonal aus ISIS-Geiselnhaft zu befreien. Bei Protesten in mehreren türkischen Städten gegen das Nichteingreifen in der von ISIS belagerten Grenzstadt Kobanê starben im Oktober 2014 über 30 kurdische Demonstranten.

Auf diese Spannungen und das schlechte Krisenmanagement der Regierung führten viele Beobachter die dramatischen Verluste der AKP im kurdisch dominierten Südosten zurück.¹⁷ Hinzu kommt mit 1,7 Millionen registrierten Syrern die schwerste Flüchtlingskrise in der Geschichte des Landes, die nach offiziellen Angaben bisher über fünf Milliarden US-Dollar und die AKP Wählerstimmen auch im nationalistischen Lager gekostet hat. In den Grenzprovinzen Hatay, Gaziantep und Kilis – wo syrische Flüchtlinge mittlerweile über die Hälfte der Bevölkerung ausmachen – konnte die MHP ihre Stimmenanteile deutlich erhöhen. Selbst auf überregionaler Ebene spricht sich mittlerweile eine Mehrheit für einen Aufnahmestopp aus – ein Drittel gar für eine Rückführung.¹⁸ Während es der HDP angesichts der wachsenden Zahl syrisch-kurdischer Flüchtlinge schwer fallen dürfte, ebenso deutlich wie CHP und MHP auf eine restriktivere Aufnahmepraxis hinzuwirken, könnte die AKP versuchen, durch ein Ende der „Politik der offenen Tür“ Stimmen aus dem nationalistischen Lager zurückzuerobieren. Von wesentlich größerer Bedeutung als die Koalitionszusammensetzung dürfte für eine Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik jedoch die Frage sein, ob die Sicherheitslage in Syrien zumindest im syrisch-türkischen Grenzgebiet stabilisiert werden kann.

Neben der Stabilisierung im Norden und einer Neutralisierung der PYD verfolgt Ankara als intervenierender Akteur im Syrienkrieg zwei Ziele, die sich obgleich nicht inhaltlich so doch in ihrer Priorisierung von denen anderer Mitglieder der internationalen Koalition unterscheiden – nämlich erstens den Regimewechsel von Baschar al-Assad hin zum Syrischen Nationalrat und erst zweitens die Bekämpfung von ISIS. Dass das gleichzeitige

Erreichen dieser Ziele nicht gelingen mag, liegt neben der komplexen Konstellation der Konfliktakteure im Nachbarland mitunter an der eigenen Politik.

Die Intensität des direkten Konflikts zwischen syrischer Regierung und ISIS ist – bei gleichzeitig heftigen Kämpfen zwischen Regierung und bewaffneten Oppositionsgruppen auf der einen Seite sowie ISIS und kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) auf der anderen Seite – weiterhin relativ gering.

Während die AKP-Regierung also plausibel machen kann, dass nur eine gleichzeitige Bekämpfung von ISIS und Assad eine unbeabsichtigte Stärkung der jeweils anderen Partei verhindern könne, vermittelt Ankara mit der Unterstützung radikal-islamistischer Gruppierungen wie Jabhat al-Nusra gleichzeitig den Eindruck, die Befreiung der syrischen Bevölkerung von Diktatur sei nicht das primäre Ziel ihrer Intervention.

Des Weiteren hat die Türkei von ihren internationalen Partnern viel Kritik für ihre Rolle als Transitland für Dschihadisten einstecken müssen. So beklagte US-Präsident Barack Obama nur einen Tag nach den Wahlen offen die mangelhafte Kooperation der türkischen Behörden in der Grenzsicherung.¹⁹ Ein weiterer Streitpunkt war die Öffnung der Luftwaffenbasis Incirlik für die Anti-ISIS-Koalition, wofür die Türkei im Gegenzug die Einrichtung einer Flugverbotszone im Norden Syriens gefordert hatte. Erst im März kam, im Zuge einer generellen Charmeoffensive gegenüber den westlichen Partnern, ein Abkommen über die Stationierung bewaffneter Drohnen zustande, ebenso wie ein Vertrag über die Ausbildung syrischer Anti-ISIS-Kämpfer in der Türkei.

Dieser Anpassungstrend an die US-Strategie könnte sich in einer Koalitionsregierung tatsächlich aus mehreren Gründen weiter fortsetzen. Erstens fordern alle Oppositionsparteien ein sofortiges Ende der Unterstützung radikal-islamistischer Bürgerkriegsparteien; durch die neuen Machtverhältnisse in der Nationalversammlung könnte diese zudem stärker zum Gegenstand parlamentarischer Geheimdienstkontrolle werden. Zweitens sprachen sich CHP-Abgeordnete offen für Verhandlungen mit Assad und Iran aus – ein ähnlicher Vorschlag des US-Außenministers John Kerry war vor einigen Monaten von Außenminister Cavaşoğlu noch scharf verurteilt worden. Drittens befürworteten weder die möglichen Koalitionspartner noch die Öffentlichkeit ein direktes militärisches Eingreifen der türkischen Armee in Syrien – unter anderem vor dem Hintergrund möglicher Vergeltungsschläge gegen die Türkei.

Ein Politikwechsel führt allerdings Risiken mit sich, die sorgfältig kalkuliert werden müssen. Die Unterstützung der von islamistischen Gruppen dominierten syrischen „Armee der Eroberung“ (Jaysh al-Fatah), die

zuletzt einige Erfolge gegen Assad erzielen konnte, ist auch ein gemeinsames Projekt der sunnitischen Regionalmächte Türkei, Saudi-Arabien und Katar. Angesichts der anhaltenden Schwäche der säkularen Rebellorganisationen könnte ein Ende der türkischen Unterstützung für diese Gruppe zum kompletten Zusammenbruch der Anti-Assad-Front im Norden führen und neue Räume für ISIS innerhalb Syriens öffnen. Dies würde die Flüchtlingskrise möglicherweise weiter verschärfen und die Gefahr terroristischer Anschläge kaum senken. Ungeachtet der letztendlichen Regierungskonstellation muss Ankara schon aufgrund des innenpolitischen Handlungsdrucks weiter auf eine Ausweitung der Anti-ISIS-Allianz und die Schaffung von innersyrischen Schutzzonen dringen.

Opfert Erdoğan seine präsidentielle Nebenaußenpolitik für den Machterhalt?

Unabhängig von der neuen Regierungsmannschaft und trotz des desaströsen Wahlergebnisses wird Erdoğan wohl weiterhin die außenpolitische Schlüsselfigur bleiben. Selbst ohne formales präsidentielles System stützen Umfragen zufolge über 25 Prozent der Bevölkerung eine Fortsetzung, wenn nicht sogar Ausweitung seines starken außenpolitischen Engagements.²⁰ Zudem hat er in den vergangenen Jahren zentrale Positionen wie die Leitung des Inlandsgeheimdienstes MIT, der unter anderem aufgrund der fehlenden parlamentarischen Kontrolle beispielsweise eine wichtige Rolle in der Syrienpolitik übernommen hat, mit Vertrauten wie Hakan Fidan besetzt. Obwohl Erdoğan die AKP nach der Präsidentschaftswahl 2014 formal verließ, besitzt er weiter großen Einfluss auf die mit Abstand größte Parlamentsfraktion. Dieser könnte nun noch steigen, da viele AKP-Führungskader nicht mehr im Parlament vertreten sind und auf eine Anschlussverwendung durch den Präsidentenpalast hoffen müssen.²¹

Dennoch spricht einiges dafür, dass sich Erdoğan in seiner außenpolitischen Rolle zurücknehmen und er sich der gegenwärtigen Kurskorrektur kaum offen entgegenstellen wird: Erstens könnte eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation durch eine investitionsfreundliche, pro-westliche Außenpolitik der AKP und damit Erdoğan helfen, die eigene Position in der Wählergunst wieder zu erhöhen. Zweitens dürften ihm die von der Opposition geforderten außenpolitischen Konzessionen weniger schmerzhaft erscheinen als die Aufklärung von Korruptionsvorwürfen im direkten familiären Umfeld.

In den vergangenen zwei Jahren hat die AKP eine Außenpolitik der Wiederannäherung an den Westen und an die sunnitischen Regionalmächte betrieben, an der die zukünftige Koalitionsregierung mit großer Wahrscheinlichkeit festhalten wird. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts kann in dieser Entwicklung jedoch durchaus einen Geschwindigkeits- und Prioritätenunterschied machen. Dies liegt nicht nur an der zunehmend reaktiven Position der Türkei in einem dynamischen und hoch turbulenten sicherheitspolitischen Umfeld, sondern auch an starken wirtschaftspolitischen Zwängen und einem glaubhaften Bekenntnis aller Parteien zur Westintegration als alternativlosem Kurs. Wenngleich eine tatsächliche Generalüberholung der türkischen Außenpolitik selbst im Fall der umstrittenen Syrienpolitik als eher unwahrscheinlich gilt, legen sowohl die Präferenzen möglicher Koalitionspartner als auch der lokalen Bevölkerung eine stärker isolationistische Politik nahe. Ob sich dies angesichts neu entflammter Kämpfe im Grenzgebiet durchhalten lassen wird, muss sich erst noch zeigen.

Dr. Magdalena Kirchner ist Associate Fellow des Programms USA/Transatlantische Beziehungen der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Deniz Arslan, Opposition Offers Change of Policy in Egypt, Israel, Yemen, Libya, in: Today's Zaman, 22.5.2015, <http://www.todayszaman.com/anasayfa_opposition-offers-change-of-policy-in-egypt-israel-yemen-libya_381502.html> (abgerufen am 2.7.2015). Übersetzung der Autorin.
- 2 Nader Habibi, Joshua Walker, What is Driving Turkey's Reengagement with the Arab World?, in: Middle East Brief, Nr. 49, April 2011, <<http://www.brandeis.edu/crown/publications/meb/MEB49.pdf>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 3 Ilias I. Kouskouvelis, The Problem with Turkey's "Zero Problems." Turkey, Past and Future, in: Middle East Quarterly, Winter 2013, S. 51; Piotr Zalewski, The Self-appointed Super Power: Turkey Goes it Alone, in: World Policy Journal, 4/2011, S. 99f.
- 4 Piotr Zalewski, How Turkey Went From "Zero Problems" to Zero Friends and Lost its Leverage Everywhere, in: Foreign Policy, 22.8.2013, <<http://foreignpolicy.com/2013/08/22/how-turkey-went-from-zero-problems-to-zero-friends/>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 5 Saim Kayadibi, Mehmet Birekul, Turkish Democracy: A Model for the Arab World, in: Journal of Islam in Asia, 3/2012, S. 255-273; Mensur Akgün, Sabiha Gündoğar, The Perception of Turkey in the Middle East 2013, Istanbul 2014.
- 6 Hürriyet Daily News, Turkey not "Lonely" but Dares to Do so for its Values and Principles, Says PM Adviser, 26.8.2013, <<http://www.hurriyetdailynews.com/turkey-not-lonely-but-dares-to-do-so-for-its-values-and-principles-says-pm-adviser.aspx?pageID=238&nID=53244&NewsCatID=338>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 7 Semih Idiz, After Elections, Erdogan's Shadow still Looms, in: Al-Monitor, 23.6.2015, <<http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/06/turkey-erdogan-shadow-still-looms-over-politics.html>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 8 Soner Cagaptay, Turkey's Political Scene Post-Election (Part 3): The AKP-HDP Option, in: Policy Watch, 24.6.2015, <<http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/turkeys-political-scene-post-election-part-3-the-akp-hdp-option>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 9 Martti Ahtisaari et al., An EU-Turkey Reset, 13.5.2015, Project Syndicate, <<http://www.project-syndicate.org/commentary/eu-turkey-accession-talks-by-martti-ahtisaari-et-al-2015-03>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 10 Kadri Gürsel, Market Pressure Keeps Babacan in New Turkish Cabinet, in: Al-Monitor, 31.8.2014, <<http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/08/turkey-economy-babacan-cabinet-interest-rate.html#>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 11 Soner Cagaptay, Turkey's Political Scene Post-Election (Part 1): The AKP-CHP Option, in: Policy Watch, 22.6.2015, <<http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/turkeys-political-scene-post-election-part-1-the-akp-chp-option>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 12 Marc Pierini, Sinan Ülgen, Turkey's Game-Changing Election, in: Carnegie Europe, 29.5.2015, <<http://carnegieeurope.eu/2015/05/29/turkeys-game-changing-election/i97d>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 13 Seit 1983 erkennt die Türkei als einziges Mitglied der internationalen Gemeinschaft den von ihr seit 1974 militärisch besetzten und durch eine Demarkationslinie abgegrenzten Nordteil Zyperns als eigenständigen Staat an.
- 14 Deniz Arslan, Opposition CHP, HDP Support Treating KKTC as Equals, in: Today's Zaman, 25.5.2015, <http://www.todayszaman.com/diplomacy_opposition-chp-hdp-support-treating-kkct-as-equals_381721.html> (abgerufen am 2.7.2015).
- 15 Tulin Daloglu, Erdogan's Hitler Comments Take their Toll, in: Al-Monitor, 21.7.2014, <<http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/07/daloglu-erdogan-anti-israeli-remarks-davutoglu-gaza-israel.html#ixzz3diG527MQ>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 16 Journal of Turkish Weekly, "42 % of Turkish Public Found Government's Foreign Policy to be Unsuccessful" Report Says, 6.2.2015, <<http://www.turkishweekly.net/2015/02/06/news/-42-of-turkish-public-found-governments-foreign-policy-to-be-unsuccessful-report-says/>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 17 Fehim Taştekin, The Future of Turkey's Syria Policy, in: Al-Monitor, 10.6.2015, <<http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/06/turkey-qatar-syria-saudi-arabia-remain-alone-in-syria.html>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 18 EDAM, Reaction Mounting against Syrian Refugees in Turkey, 2014/1, <<http://www.edam.org.tr/en/File?id=1152>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 19 Remarks by President Obama in Press Conference after G7 Summit, The White House, 8.6.2015, <<https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/06/08/remarks-president-obama-press-conference-after-g7-summit>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 20 Mustafa Aydın, Post-election Blues in Turkish Foreign Policy, in: Hürriyet Daily News, 11.6.2015, <<http://www.hurriyetdailynews.com/post-election-blues-in-turkish-foreign-policy.aspx?pageID=238&nID=83799&NewsCatID=468>> (abgerufen am 2.7.2015).
- 21 Michael Koplow, Erdogan's Victory: Why the Election Wasn't a Loss for the President and the AKP, in: Foreign Affairs, 7.6.2015, <<https://www.foreignaffairs.com/articles/turkey/2015-06-07/erdogans-victory>> (abgerufen am 2.7.2015).

